

Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung; Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay "Was ist Populismus?"

Schäller, Steven

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schäller, S. (2016). Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung; Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay "Was ist Populismus?". *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 7(2), 221-231. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i2.06>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

Steven Schäller*

1. Aktualität des Populismus-Themas¹

Populismus ist in jüngerer Zeit in aller Munde. In der Politikwissenschaft wird Populismus, und gerade ein Populismus rechter Provenienz kritisch gesehen und viel diskutiert.² Zahlreiche öffentlichkeitswirksame Einlassungen von Fachkollegen deuten darauf hin, dass das Thema aktuell und allgegenwärtig ist (Fischer 2016; Patzelt 2016). Und auch in den Medien, nationalen wie internationalen, scheint ein Grusel vor der mobilisierenden, Agendas (zer)setzenden und Politik gestaltenden Macht des Populismus und seiner Akteure umzugehen (Bahners 2016; Haupt 2016). So beschrieb etwa Anne Applebaum (2016) in der *New York Times* im März 2016 unter der Überschrift „Is this the end of the West as we know it?“ ein düsteres Szenario für die kommenden zwei Jahre. In den USA stünden die Chancen Donald Trumps keinesfalls schlecht: „Elections are funny things, and electorates are fickle“. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Angriffspunkte von Hillary Clintons politischer Biographie (E-Mail-Affäre, Benghazi, Bill Clinton) sei ein Erfolg von Trump nicht mehr auszuschließen. Und dies würde bedeuten, dass eine Person ins Weiße Haus einziehen könnte, die Politik als *deal making* begreift, die das Engagement der USA in der NATO aus Kostengründen missbilligt und die Folter von mutmaßlichen Terroristen in Kauf nimmt, damit aber *en passant* den Menschenrechten ihren universellen Status raubt.

Ein möglicher Rückzug der USA aus dem transatlantischen Bündnis sei aber für die Europäer nur ein Teil der schlechten Nachrichten, so Applebaum. Der drohende (und inzwischen entschiedene) Brexit gefährde die Europäische Union genauso, wie er den europäischen Rechtspopulisten nutzen würde. In Frankreich komme die aussichtsreiche Kandidatur Marine Le Pens bei den Präsidentenwahlen 2017 hinzu. Man kann aus eigener Anschauung noch weitere Beispiele in Europa aufzählen, etwa Österreichs FPÖ, die zuletzt die Präsidentenwahlen im Namen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgreich angefochten hat sowie die 2017 in den Niederlanden anstehenden allgemeinen Wahlen. Dort führt die Partij voor de Vrijheid bereits seit Herbst 2015 die Meinungsumfragen an.

* Dr. Steven Schäller, TU Dresden
Kontakt: steven.schaeeller@tu-dresden.de

1 Dieser Text geht auf Arbeiten zurück, die im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Der gute Bürger. Erwartungshorizonte und Zuschreibungspraxen“ ermöglicht wurden.

2 Der linke Populismus kann dagegen mit einigen Sympathien und normativen Auszeichnungen rechnen. Zuletzt hat Chantal Mouffe einen Linkspopulismus in Stellung gebracht, der rechtem Populismus etwas entgegensetzen könne, und der überdies eine Revitalisierung der Demokratie anstoßen werde (Mouffe 2016).

Applebaums Analyse steht nicht allein da. So schreibt etwa Richard Herzinger (2016) in der Tageszeitung *Die Welt* das Narrativ einer durch Kontingenz bedrohten Demokratie fort, die auf periodische Wahlen angewiesen ist.³ Herzinger spricht von einer „Welle eines neuen nationalistischen Autoritarismus“ und fügt weitere Beispiele gefährdeter europäischen Staaten hinzu, etwa Kroatien, Polen und Ungarn. Auch dort würden die Fundamente der Demokratie von rechtspopulistischen Akteuren durch Strategien der „Entliberalisierung und Entuniversalisierung“ angegriffen.

Die Evidenz scheint erdrückend: Der Begriff „Populismus“ ist in den Diskursen allgegenwärtig. Er dient dabei vielfältigen Zwecken, selten jedoch der Benennung von etwas Eindeutigem. Populismus, so ist zu konstatieren, ist eine Vokabel des politischen Sprachgebrauchs. Die Prämie auf seine Verwendung liegt in der Diffamierung des politischen Gegners. Durch häufigen Gebrauch aber wird der Begriff unscharf, er kann alles und jeden meinen, und meint damit letztendlich nichts mehr. Dies verdeutlichte unlängst ein Kommentar Roger Köppels (2016) in der Schweizer *Weltwoche*. Dort notierte er, dass, entsprechend einer Definition im Duden, jener ein Populist sei, „der immer das sagt, was sein jeweiliges Publikum hören will“. Ein prinzipientreuer Politiker, wie etwa Christoph Blocher von der SVP, sei, auch wenn er immer so etikettiert werde, gerade kein Populist, weil dieser seit Jahren an seinen Forderungen festhalte.⁴ Angela Merkel dagegen sei der genannten Definition folgend mit Blick auf ihre zahlreichen Positionswechsel sehr wohl eine Populistin.

Die Unschärfe des politischen Sprachgebrauchs ist normativ weder begrüßenswert, noch zu verdammen. Sie ist lediglich Teil der beobachtbaren Diskurse. Auf der formalen Ebene der wissenschaftlichen Terminologien jedoch kann dies mitunter dann problematische Folgen haben, wenn der politische Gebrauch des Wortes sich ganz selbstverständlich und unkritisch in die Sprache der Wissenschaft einschleicht. Womöglich unterschiedliche Phänomene werden dann in eins gesetzt und als Gleiches behandelt, bevor noch eine Reflexion darüber einsetzen kann, ob und wie womöglich vorhandene Unterschiede sprachlich zu fassen sind.

2. Die Neubestimmung des Populismus durch Jan-Werner Müller

In diesem Sinne einer notwendigen terminologischen Neujustierung verstehe ich den Ansatz von Jan-Werner Müller. Der vorliegende Text (Müller 2016b) sowie der bei Suhrkamp erschienene Essay (Müller 2016a) und bereits ein Aufsatz aus dem Jahr 2014 (Müller 2014) treten dazu an, einen begründeten Vorschlag für ein spezifisches Verständnis des Populismusbegriffs vorzulegen, in dem die vielfältigen sprachlichen Verwendungsweisen analysiert und auf wenige Definitionsmerkmale begrenzt werden. Müller schlägt damit der Politikwissenschaft vor, den eigenen Sprachgebrauch kritisch zu reflektieren.

Im Zentrum der Begriffsdefinition steht ein Merkmal: Populismus zeichne sich für Müller durch einen dezidierten Anti-Pluralismus aus. Populisten könne man daher an ihrer Haltung zum politischen Gegner erkennen, denen im Namen eines ihnen entgegengesetzten und als einheitlich fiktionalisierten Volkes die Legitimität abgesprochen wird. Po-

3 Ähnlich auch Bude (2016).

4 Nur am Rande sei vermerkt, dass Köppel die Definition aus dem Duden, in der gedruckten (25. Auflage), wie in der Online-Ausgabe, nur verkürzt wiedergibt. Es fehlen die Begriffe des Opportunismus, der Demagogie und der Dramatisierung der politischen Lage. Alles Merkmale, die Blocher dann doch in einem anderen Licht dastehen lassen würden.

pulisten zeichnet ein moralisch aufgeladener Alleinvertretungsanspruch des Volkes aus. Dieser Alleinvertretungsanspruch wird zum empirisch einlösbarer Marker für Populisten. Neben dem Anti-Pluralismus als zentralem Merkmal nähert sich Müller auf verschiedenen weiteren Wegen dem Phänomen ‚Populismus‘: Dieser sei auch anti-demokratisch und anti-liberal, nicht aber prinzipiell anti-parlamentarisch.

Für Müllers Definitionsversuch ist neben der Fokussierung auf ein zentrales Merkmal von ebenso großer Bedeutung, was alles nicht für unser Verständnis des Populismus von entscheidender Bedeutung sein soll. Drei Aspekte seien hier herausgegriffen: Müller wendet sich *erstens* dagegen, Populismus als einen politischen Stil zu begreifen. Würde der politische Stil zu einem definierenden Merkmal des Populismus herangezogen, so gerät der Begriff zu einem „Synonym für moderne demokratische Politik“ (vgl. Müller in diesem Heft), was seine Fähigkeit zur Unterscheidung beeinträchtigen würde. Müller wendet sich *zweitens* dagegen, die Elitenkritik als definierendes Merkmal heranzuziehen. Nicht jede Elitenkritik ist populistisch, im Gegenteil gehört die Elitenkritik als Misstrauen in die Amtsträger zur DNA einer institutionalisierten Repräsentativdemokratie. Elitenkritik wird erst dann populistisch, wenn sie sich mit einem moralischen Alleinvertretungsanspruch des Volkes verbindet.⁵ In verschiedenen, moralisch aufgeladenen Spielarten kann diese dann hervortreten: ‚wir hier unten‘ und ‚die da oben‘, *country* und *court* sowie ‚gesunder Menschenverstand‘ und ‚realitätsfernes Expertenwissen‘. Schließlich wendet sich Müller *drittens* dagegen, dass der Populismus im Spiegel seiner Anhängerschaft greifbar werde. Den Begriff des Populismus anhand der Ressentiments seiner Anhänger verstehen zu können, erscheint Müller als wenig hilfreich.

Mit der Fokussierung auf ein zentrales Merkmal sind aber nicht nur Pluspunkte verbunden. Müller macht sich so auch angreifbar für historisch reich fundierte Analysen, die womöglich selbst keinen klar ausbuchstabilten Populismusbegriff vorweisen können, und viele unreflektierte Bedeutungen in die Analysen ihrer Quellen hineinragen. Gleichwohl aber konfrontiert Müllers Ansatz große Teile der Historikerzunft, insbesondere die Lateinamerikasektionen, mit dem Problem, Phänomene, die lange Zeit als Populismus interpretiert wurden, in Teilen nun nicht mehr so benennen und verstehen zu können. Die vermutliche Folge einer geringen Anschlussfähigkeit von historischer Forschung an Müllers Populismusbegriff mag noch das geringere Problem sein angesichts des möglichen Einwands einer eurozentrischen Definition. Das kann aber noch keine Kritik an Müllers Definitionsversuch sein, sondern allenfalls ein Argument, mit dem die Spannungslagen zwischen der theoretischen Arbeit am Begriff einerseits und historisch ordnenden Quellenanalysen andererseits deutlich gemacht werden kann.

3. Die Rezeption von Müllers Vorschlag

Jan-Werner Müllers Thesen haben bereits große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. In der Disziplin hat bislang der *theorieblog* dem Populismusband eine Debatte gewidmet, an der sich Daniel Jacob, Richard Gebhardt und Dirk Jörke beteiligt haben.

5 Der Status der Elitenkritik bei der Bestimmung des Populismus kann als wichtiges Unterscheidungskriterium für die Ansätze von Müller und Mudde herangezogen werden. Für Mudde ist die Elitenkritik zentraler Bestandteil des Populismus. Für Müller ist Elitenkritik ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium zur Bestimmung des Populismus (Mudde 2004; Müller 2016a: 43–44).

Jacob (2016) kritisiert zwei Dinge. *Erstens* erscheint ihm Müllers Kriterium des Anti-Pluralismus nur als ein formales Kriterium Eingang in die Analysen zu finden. Jedoch zeige sich, dass dieser Anti-Pluralismus auf demokratietheoretische Annahmen rekurriert, die nicht ausreichend reflektiert seien. *Zweitens* hebt Jacob bei den ‚Populisten‘ einen bestimmten, verzerrenden Umgang mit „der Realität“ hervor, der seiner Ansicht nach in einer Neubestimmung unseres Begriffs vom Populismus nicht fehlen sollte.

Gebhardt (2016) hebt in seiner Kritik an Müller zunächst hervor, dass es sich bei Populismus um ein „dynamisches Phänomen“ handle, das sich starren Definitionsversuchen zu entziehen wisse. Insofern ist seine Kritik auch als ein Plädoyer gegen eine allgemeine Theorie des Populismus zu lesen. Vielmehr müsse unser Begriff vom Populismus kontextsensibel bleiben, um die verschiedenartigen Ausprägungen eines rechten und linken Populismus in ihrer normativen Qualität angemessen würdigen zu können. So könne gerade die Einbeziehung des politischen Stils von Populisten die Übergänge von rechtspopulistischen Akteuren und demokratischen Parteien deutlich machen. Auf dem Feld der Wohlfahrtspolitik erweise sich, dass die Rechtspopulisten nur die „Echokammer der demokratischen Parteien“ darstellten, die in Verteilungskonflikten regelmäßig selbst „sozialmoralisch aufgeladene Feindbilder perpetuieren“ würden.

Jörke (2016) versteht Müllers Ansatz als das Symptom einer Krise der Disziplin. So kritisiert Jörke, dass Müllers Populismusbegriff nicht hinreichend informiert ist über jenen gesellschaftstheoretischen Theoriekomplex, der gemeinhin unter der Postdemokratie rubriziert wird. Weil aber der Populismus ohne die Transformationen der Demokratie gar nicht zu denken sei, erweise sich die Abwesenheit der zentralen Einsichten aus der Postdemokratiedebatte in Müllers Populismusbegriff als dessen zentraler Makel. In dieser ‚Rezeptionsverweigerung‘ meint Jörke dann auch eine bedeutende Schwäche der ‚liberalen Theorie‘ zu entdecken, für die Müller *pars pro toto* stehe: So ignoriere die ‚liberale Theorie‘ nicht nur jene sozioökonomischen Ursachen, die eine Transformation der Demokratie bewirkten. Mehr noch, stehe sie damit auch nicht mehr an der Seite der ‚kleinen Leute‘, die unter den sozioökonomischen Verwerfungen zu leiden hätten. Stattdessen flüchte sich die ‚liberale Theorie‘ in einen zunehmend hilflosen Moralismus.

Ich möchte diese kritischen Perspektiven auf Müllers Thesen um zwei weitere ergänzen, ohne mich direkt den vorangegangenen Positionen anzuschließen. Zum einen stelle ich am praktischen Beispiel der Dresdner PEGIDA dar, welche Potentiale Müllers Begriff hat und inwiefern dies Auswirkungen auf die politische Kulturforschung nach sich ziehen kann. Zum anderen weise ich in kritischer Absicht auf zwei Aspekte in Müllers Theoriebildung hin, die meiner Ansicht nach eine weitere Arbeit am Begriff des Populismus zum eigenen Gewinn berücksichtigen könnte.

4. PEGIDA und der Populismus

Trotz zahlreicher Ableger in Deutschland und Europa und den Bemühungen der Organisatoren, sich international zu vernetzen, bleibt PEGIDA eine Protestbewegung, die vor allem in Dresden erfolgreich mobilisiert und auch noch im Frühjahr und Sommer 2016 Montagabends bis zu 5.000 Unterstützer versammeln kann (Geiges/Marg/Walter 2015; Vorländer/Herold/Schäller 2016). Wenn von PEGIDA gesprochen wird, ist zumeist unklar, welche Perspektive auf die Protestbewegung eingenommen wird. Mal sind enthemmte menschen- und verfassungsfeindlichen Parolen der Anhänger von PEGIDA in

den Kommentarspalten auf der Facebook-Seite der Protestbewegung gemeint, mal sind die von rechtsextremen Kadern offen oder versteckt gesteuerten Organisationsteams der GIDA-Ableger in anderen Städten gemeint.

Die zahlreichen Facetten von PEGIDA werden oft *pars pro toto* für die Demonstranten oder gar das Gesamphänomen der Protestbewegung genommen, was insbesondere im speziellen Biotop der Dresdner Protestkultur – ihrerseits verkürzend – als ein weiteres Zeichen für eine verzerrte mediale Darstellung von PEGIDA gedeutet wird. Tatsächlich ist PEGIDA eine zum Teil widersprüchliche, in der Zusammensetzung der Anhängerschaft heterogene und in den einzelnen lokalen Organisationsformen stark voneinander abweichende Protestbewegung. Insofern kann es in diesem Milieu auch als äußerst befremdlich wirken, wenn etwa der Mordanschlag auf Henriette Reker in Köln mit PEGIDA in Verbindung gebracht wird.⁶

Aus den zahlreichen Perspektiven, die PEGIDA dem Beobachter bietet, wird im Folgenden die Dresdner Erscheinungsform herausgegriffen. Vor dem Hintergrund der Thesen von Jan-Werner Müller sollen einige ausgesuchte Aspekte der Protestbewegung beleuchtet werden.

Die Analyse von PEGIDA als einer populistischen Bewegung muss zunächst auf den Anti-Pluralismus als zentrales Kriterium blicken. Der deutlichste Hinweis auf einen Anti-Pluralismus bei PEGIDA findet sich in den regelmäßig skandierten Losungen „Wir sind das Volk“ und „Lügenpresse“.⁷ Weitere Indizien finden sich auf Transparenten und Plakaten mit völkisch konnotierten Behauptungen über das wahre und – zumeist – bedrohte Wesen der Deutschen.⁸ Mit Blick auf einen Anti-Pluralismus bei PEGIDA sind es schließlich auch die Reden etwa von Lutz Bachmann, Tatjana Festerling und Götz Kubitschek, denen sich Hinweise auf Vorstellungen entnehmen lassen, mit denen exemplarisch die Losung „Wir sind das Volk“ konkretisiert werden kann. Die Frage danach, wer bei PEGIDA demonstriert, wird in der moralischen Konstruktion eines Antagonismus bei den drei genannten Rednern zwar unterschiedlich beantwortet. Jedoch, und darauf kommt es nach Müllers Definition des Populismus an, finden alle drei Redner ein moralisches Unterscheidungskriterium zwischen dem einheitlich gedachten und unverdorbenen „Volk“ und seinem konstruierten Gegensatz.

Lutz Bachmann sieht in den Demonstranten die Bewahrer einer guten Ordnung des Grundgesetzes, die von realitätsfremden Eliten bedroht werde: So demonstrieren bei PEGIDA Menschen, „um friedlich mit uns ihren Unmut über die Politik unserer Regierung Ausdruck zu verleihen. Laut Grundgesetz geht die Macht vom Volke aus und genau dieses Volk sind nämlich wir!“.⁹ Erscheint der ‚frühe‘ Bachmann hier noch als Vertreter eines ‚politik-

6 Ralf Stegner (SPD) eignete sich etwa auf Twitter eine Aussage des Tagesspiegels an, wonach bei dem Attentat auf Reker PEGIDA „mitgestochen habe“ (vgl. https://mobile.twitter.com/Ralf_Stegner/status/655442259069022208; Niewendick 2015). Heiko Maas stellte die Überlegung in den Raum, dass PEGIDA eine Mitverantwortung für das Attentat trage, weil durch das öffentliche Auftreten der Protestbewegung Hemmschwellen gesenkt werden (Tretbar 2015).

7 Die Losung „Wir sind das Volk“ kann bereits für die dritte Kundgebung am 03.11.2014 nachgewiesen werden. „Lügenpresse“ wird dagegen erst einige Veranstaltungen später zu einer häufiggerufenen Losung, nachdem PEGIDA erheblichen medialen Gegenwind erfuhr. „Lügenpresse“ steht unter anderem auch für die anti-pluralistische Auffassung, dass in den Medien nur das vorzukommen habe, was die Ansichten der Demonstranten widerspiegele.

8 Vgl. etwa die Botschaften vom 12.01.2015: „Multikultur tötet“, „Stoppt maßlose Zuwanderung! Wir wollen eine sichere, soziale, deutsche Heimat“, „1989: Wir sind das Volk! 2014: Wir sind noch das Volk. 2039: Wir waren das Volk“.

9 Lutz Bachmann in seiner Rede vom 03.11.2014.

verdrossenen Verfassungspatriotismus‘, finden sich bei ihm wenige Monate später erhebliche rhetorische Verschärfungen. Tatjana Festerling dagegen erkennt in den Demonstranten auf den Straßen Dresdens ein wahres und unverfälschtes Volk, das sich von einer „sozialistisch-queer-sexuellen Minderheitslobby“ bedroht fühlen müsse. Die moralische Autorität von PEGIDA wird von Festerling vor dem Hintergrund eines drohenden Angriffs auf die Werte des „patriotischen Ostens“ durch die Alt-68er aus dem „Grünen Reich“ im Westen beschworen.¹⁰ Kubitschek schließlich konstruiert in seinen Reden das „Volk“ in der Gestalt einer Herkunftsgemeinschaft als Chiffre für völkische Semantiken. Auch ein solches Volk sehe sich in seiner Reinheit bedroht durch sinistere Interessen der Eliten, die in Multikulturalität einen Wert erkennen, wo es faktisch jedoch um ‚Umvolkung‘.¹¹ Mit dem Begriff der ‚Umvolkung‘ wird in den Reihen der „Identitären Bewegung“ auf das Konzept des „Großen Austauschs“ Bezug genommen. Gemeint ist damit der, hinter den Kulissen ins Werk gesetzte Plan der Eliten, die „Autochthonen“ durch Fremde auszutauschen.

Die Losungen von den „Volksverrättern“ und der „Lügenpresse“ verweisen auf ein erhebliches Potential einer politisch-kulturellen Entfremdung¹² der Demonstranten von den politischen und medialen Institutionen der Bundesrepublik. Der Vorwurf der „Volksverräter“ knüpft unmittelbar an das geglaubte Versagen der Politik, eine mangelnde Responsivität der politischen Eliten und deren selbst verschuldete Distanz zu den wahren Bedürfnissen des eigenen Volkes an. Ähnliche Ressentiments verbergen sich auch in dem Vorwurf einer „Lügenpresse“, die nicht die Lebenswirklichkeit der einfachen Leute spiegele, sondern ideale Vorstellungswelten einer medialen Elite, die zudem im Verbund mit der Regierung falsche Wahrheiten verbreite (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 53 ff.). Exemplarisch dafür kann Lutz Bachmann zitiert werden: „Lasst sie schwatzen in ihren Talkshows, lasst sie diskutieren in ihren Politikrunden und lasst sie rätseln, was sie falsch machen. Sie werden es ohnehin nicht begreifen. Sie haben den Kontakt zur Basis schon lange verloren und ihre Wähler verraten.“¹³

Den Teilnehmern von PEGIDA kann aber schwerlich eine anti-demokratische Haltung attestiert werden. So handelt es sich dem Selbstverständnis der Teilnehmer der Demonstrationen nach zunächst um eine emanzipative Protestbewegung, die an die erfolgreiche, friedliche Revolution von 1989 anschließt.¹⁴ Das Demokratieverständnis der Bewegung wie auch ihrer Anhänger ist jedoch jenseits deren Selbstverständnisses differenziert zu betrachten: In der teilweise naiven und vereinfachenden Darstellung der eigenen Gruppe als moralische Repräsentation des ganzen deutschen Volkes herrscht spiegelbildlich auch eine unterkomplexe Vorstellung von den Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung in liberalen Demokratien vor. Die Klage über die mangelnde Responsivität der politischen Eliten wird in eine Vorstellung von der Demokratie umge-

10 Tatjana Festerling in ihren Reden vom 09.03., 30.03. und 06.04.2015. Zur Bedeutung der spezifischen Konfliktlinien zwischen einem ‚ostdeutschen Volk‘ und ‚westdeutschen Eliten‘ im Kontext von PEGIDA vgl. Schäller (2016).

11 Vgl. die Reden von Kubitschek am 09.02. und 02.03.2015. Vgl. zu Kubitschek auch den instruktiven Briefwechsel mit Armin Nassehi (2014: 300-330).

12 Wohl handelt es sich auch in einigen Fällen um eine seit 25 Jahren ausbleibenden Aneignung der Institutionen. In diesen Fällen fehlt es bereits an den Voraussetzungen für politisch-institutionelle Entfremdungsprozesse.

13 Rede von Lutz Bachmann am 15.12.2014.

14 Davon zeugen neben der Losung „Wir sind das Volk“ und der Besetzung des öffentlichen Raumes an einem Montagabend vor allem auch die Behauptung von „friedlichen Abendspaziergängen“ als Anschluss an das Motto „Keine Gewalt“ der Demonstrationen von 1989.

münzt, die nach dem Bestsellerprinzip funktioniere: Das Volk artikuliert seinen Willen auf der Straße und die Politik habe zu liefern (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 106 ff.).

In diesem Kontext eines vereinfachten Demokratieverständnisses sind auch die immer wieder und zuletzt am 20.06.2016 vorgebrachten Überlegungen zur Gründung einer eigenen Partei oder die Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) zu sehen. PEGIDA verstehe sich so zunächst als außerparlamentarische Bürgerbewegung, die als Kontrollorgan der ihr inhaltlich nahestehenden AfD auftreten müssen, da auch die AfD und ihre Funktionsträger unausweichlich den korrumpierenden Verlockungen des parlamentarischen Systems ausgesetzt seien. Hier rückt Bachmann PEGIDA in die funktionale Nähe der *Tea Party*-Bewegung, die ihrerseits das Abstimmungsverhalten der republikanischen Mandatsträger permanent überwacht und gegebenenfalls die Unterstützung entzieht. Gleichzeitig führt dieses Misstrauen gegenüber der AfD zu der Überlegung, die Parteigründung zu vollziehen, weil nur so garantiert sei, dass der wahre Volkswille unverfälscht in die Parlamente einziehen könne.

Abschließend soll noch auf einen letzten Aspekt eingegangen werden: In den Eingangs kurz zusammengefassten Thesen Müllers wurden insbesondere auch jene Aspekte betont, die keinesfalls zur Bestimmung des Populismus herangezogen werden sollten, um den alltäglichen Verwendungsweisen des Begriffes zu entgehen: Danach sollen sich Populismus und Populisten nicht über ihre Anhängerschaft identifizieren lassen. Die so gewonnenen Kriterien seien keinesfalls allein dem Populismus eigen.¹⁵ Damit kritisiert Müller insbesondere die Diskurse zur „sozialen Deprivation“, in denen Populismus über die individuellen Einstellungsmerkmale der Anhänger populistischer Bewegungen erklärt wird. Danach seien insbesondere jene Personen besonders empfänglich für populistische Botschaften, die aus sozioökonomischen Transformationsprozessen als Verlierer hervorgehen und ihre eigene drohende oder bereits vollzogene Prekarisierung in eine Neigung zum Populismus ummünzen.

Mit Blick auf die Anhängerschaft von PEGIDA lässt sich dieser Einwand von Müller unterstreichen. In Dresden sind im Winter 2014/2015 für PEGIDA Personen auf die Straßen gegangen, die mit Blick auf ihren sozioökonomischen Status oder auf die wahrgenommenen Bedrohungen dieses Status mehrheitlich kaum als sozial Deprivierte beschrieben werden können. Stattdessen handelt es sich bei den Demonstranten mehrheitlich um vielfältige Formen der Politikverdrossenheit und einer Entfremdung von den Institutionen der repräsentativen Demokratie (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 105 ff.). Nähme man die ‚soziale Deprivation‘ von populistisch eingestellten Individuen zum Definitionsmerkmal, dann machten im Umkehrschluss die Anhänger von PEGIDA aus dieser Protestbewegung zumindest keine populistische Bewegung, was intuitiv falsch zu sein scheint. Daraus leitet sich eine empirisch begründete Vermutung über die Angemessenheit von Jan-Werner Müllers Vorschlag ab, von der Anhängerschaft als Definitionsmerkmal des Populismus abzusehen.

15 Vgl. einschränkend und mit Blick auf die individuellen Einstellungen von Wählern populistischer Parteien zum Pluralismus die Fußnote 7 in Müller 2016b.

5. Populismus in der politischen Kulturforschung

Daran lässt sich unmittelbar die Frage anschließen, wie Populismus in der politischen Kulturforschung gemessen werden kann, was dabei gemessen wird und ob diese Messungen einen angemessenen Bezug zu einem Populismusbegriff herstellen lassen. Dahinter steckt die Frage, ob der politisch in Erscheinung tretende Populismus identisch ist mit den Einstellungen, die für ihn empfänglich machen.

Müller weist darauf hin, dass es wenig aussichtsreich erscheint, den Populismus an seiner Anhängerschaft erkennen zu wollen (Müller 2016a: 29 ff.). Es bestehe mithin eine Differenz einerseits zwischen den Populisten sowie ihren ideologischen Positionen und Strategien, mit denen sie öffentlich um Zustimmung kämpfen und andererseits jenen Individuen, die sich aufgrund bestimmter Einstellungsmerkmale für diese Strategien aufgeschlossen zeigen. Mit anderen Worten, der explizite Anti-Pluralismus einer populistischen Bewegung muss nicht unbedingt als subjektive Disposition zum Einstellungshaushalt einer Person gehören, die einer populistischen Bewegung zuneigt. Insofern stellt sich die Frage, wie und was in der politischen Kulturforschung gemessen wird, wenn ‚Populismus‘ gemessen wird.

Der jüngste Sammelband von Andreas Zick und Beate Küpper (2015) stellt sich diesem Problem am Beispiel der Messung von Rechtspopulismus. Zunächst wird Rechtspopulismus definiert als „volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, um sich der „propagandistischen Simplifizierungen in Anlehnung an ‚des Volkes Stimme‘“ zu bedienen (Küpper/Zick/Krause 2015: 24). Auf der Grundlage dieser Definition wird ein empirisches Modell des Rechtspopulismus entworfen, das aus vier zentralen Dimensionen sowie zwei ergänzenden Dimensionen besteht.¹⁶ Zu diesen Dimensionen zählen Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Muslimen, Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma, Law-and-Order-Autoritarismus und Demokratiemisstrauen. Ergänzend kommen die Dimensionen der kollektiven Wut und einer negativen Haltung zur EU hinzu. Aus diesen Dimensionen lässt sich den Autoren zufolge ein sogenannter Mittelwertindex „Rechtspopulismus“ bilden. Dafür werden für jede dieser Dimensionen befragten Personen Aussagen vorgelegt, auf die mit zustimmendem oder ablehnendem Antwortverhalten reagiert werden kann.

Die Kritik an diesem Vorgehen kann an zwei Punkten ansetzen. Zunächst kann der Definition des Rechtspopulismus wenig über die Vorstellung der Autoren entnommen werden, was das Spezifische am Populismus sein soll. Die vorgelegte Definition von Küpper, Zick und Krause scheint ebenso gut auf das Wahlkampfverhalten der NPD zu passen. Damit kann zwar auch gesagt sein, dass die NPD im Wahlkampf rechtspopulistisch agiert. Aber es scheinen Unterschiede zwischen der NPD auf der einen Seite und etwa der AfD, PEGIDA, aber auch der FPÖ und anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa zu bestehen. Analog dazu trifft diese Kritik dann auch die Dimensionen der Messung individueller Neigungen zum Rechtspopulismus: Es scheint keine klare Abgrenzung zum Rechtsextremismus zu geben. Küpper, Zick und Krause (2015: 36 ff.) diskutieren zwar das Merkmal von Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft als theoretisches Abgrenzungsmerkmal zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In ihren Daten zeigt sich aber, dass die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Gewalt mit den anderen Dimensionen des Rechtspopulismus zusam-

16 Diese Vorgehensweise wird analog zur Messung des Rechtsextremismus gewählt. Vgl. dazu die Konsensdefinition des Rechtsextremismus bei Decker/Brähler (2006).

menhängen. Die Unterscheidbarkeit zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus benötigt in diesem empirischen Modell womöglich eine weitere Schärfung.

6. Kritik

Wenn nun Müllers Thesen zum Populismusbegriff einer Kritik unterzogen werden sollen, so zeigt sich zunächst folgendes Problem: Der Versuch, ein auf Einfachheit und Trennschärfe angelegtes Modell zu verbessern, läuft darauf hinaus, weitere Aspekte hinzuzufügen. Diese drohen dann jedoch, das Modell komplexer zu machen, womit das besondere Kriterium der Trennschärfe eingebüßt werden mag. Ich möchte stattdessen *erstens* die Bedeutung der von Müller ins Spiel gebrachten intermediären Institutionen in ein anderes Licht rücken und *zweitens* auf einen spezifischen Sprachgebrauch von Müller hinweisen, der für einige Missverständnisse in der Rezeption verantwortlich gemacht werden kann. Gleichwohl wird mein Vorschlag für einen präziseren Gebrauch zu einer umständlicheren Lösung führen.

Müller hebt *erstens* den systematischen Platz der Kritik der Populisten an intermediären Institutionen für das Binnenverhältnis zwischen den Anhängern und ihren Führern hervor. So nehmen intermediäre Institutionen, wie etwa Medien, Vereine, Verbände, Parteien und andere gesellschaftliche Sozialisationsagenturen für die repräsentative Demokratie eine bedeutende Rolle ein. Hier werden die vielen Einzelwillen eingespeist, Interessen miteinander vermittelt, aber auch die Bürger in ‚Laboren des Demokratielernens‘ in ihre Bürgerschaft hineinsozialisiert. Insbesondere die Sozialisationsagenturen, von den Schulen über die Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen, gelten als potentielle Ressourcen des Gemeinsinns. Jedoch gehen die Bindungskräfte bei den meisten Sozialisationsagenturen zurück: Parteien, Gewerkschaft und Verbände kämpfen mitunter seit Jahrzehnten gegen den Mitgliederschwund. Dies wird bereits als ein weiteres Indiz für die Krise der repräsentativen Demokratie gelesen, die auf diese vopolitischen Generatoren eines Gemeinsinns zunehmend verzichten muss (Vorländer 2016).

Müllers Interesse an den intermediären Institutionen zeigt sich vor allem dort, wo am Umgang mit diesen Institutionen populistische Strategien deutlich werden. Und dennoch erscheint mir das Verhältnis von intermediären Institutionen und dem Aufkommen des Populismus mit Fragen behaftet zu sein. Müller hebt zu Recht hervor, dass es Populisten insbesondere um die Ausschaltung von intermediären Institutionen geht; dass es ihnen darum geht, einen direkten Draht zwischen sich und dem „Volk“ zu etablieren. Weiterhin geht es Populisten aber nicht nur um die pauschalisierende Kritik an Parteien, Gewerkschaften oder Medien, sondern auch, sofern sie an die Macht kommen, um die Einschränkung der Arbeit von intermediären Institutionen bis hin zu deren Abschaffung (Müller 2016a: 70 ff.).

Insbesondere an PEGIDA kann man aber auch lernen, dass die Abwesenheit gut funktionierender intermediärer Institutionen im Osten der Republik bereits als eine notwendige Voraussetzung für das Aufkommen von Rechtspopulismus verstanden werden kann. Es stellt sich also auch die Frage, ob der Erfolg von Populisten von schwachen intermediären Institutionen befördert wird. Mehr noch: Mit Facebook steht ein Instrument bereit, das gerade die vermittelnden Institutionen der repräsentativen Demokratie zu überbrücken hilft, eine Direktheit in der Ansprache von Themen und Politikern ermöglicht und dies bei gleichzeitiger Ausschaltung klassischer Medien und hergekommener Vermittlungswege, etwa dem aufwändigen Gang in das Abgeordnetenbüro oder die Ortsvereinsitzung. An PEGIDA kann die Bedeutung von Facebook als einzigem Kommunikationsmedium mit den eigenen

Anhängern für den Erfolg der Bewegung studiert werden. Damit stellt sich nicht allein die Frage danach, was im Fall von PEGIDA das vorausgehende Phänomen war. Vielmehr zeichnet sich auch eine, vor dem Hintergrund von Montesquieu und den Federalists, erneut zu lernende Lektion über die Bedeutung und Funktionsweise intermediärer Institutionen für die repräsentative Demokratie und ihrer Robustheit gegenüber populistischen Verlockungen ab. Denn die zum Teil maßlosen Forderungen an die Politik, verbunden mit der Erwartung einer sofortigen und unverfälschten Umsetzung, erlangen gerade in jenem Milieu an Plausibilität, wo die komplexen, zum Teil bremsenden Prozeduren der Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht geschätzt werden und wo der Wert intermediärer Institutionen nicht praktisch erlernt und erlebt wurde. Am Unterstützermilieu der Dresdner PEGIDA lässt sich folglich studieren, wie „eine Entkoppelung von Demokratie als repräsentativem politischen Entscheidungssystem und Demokratie als gesellschaftlicher Lebensform“ (Vorländer 2011: 8) eine Krise der repräsentativen Demokratie indiziert.

Zweitens scheint mit Blick auf bereits vorangegangene Debatten ein wesentliches Missverständnis zwischen Müller und seinen Kritikern seine Ursache darin zu finden, dass Müller häufig davon spricht, Populisten seien antidemokratisch, weil sie antipluralistisch sind. Dies konnte unter anderem auf der Wiener Populismus-Tagung von Oliver Marchart im Juni 2016 besichtigt werden. Die These Müllers, Populismen und Populisten seien antidemokratisch, wurde so etwa von Chantal Mouffe, die ihrerseits das Projekt eines die Demokratie revitalisierenden Linkspopulismus vertritt, als Vorwurf an die eigene Adresse empfunden. Die entsprechende Passage in Müllers Essay ist in dieser Hinsicht vieldeutig. Was dort aber auf jeden Fall als Unterscheidung verloren geht, ist die Differenz zwischen alter, kleinräumiger und direkter Demokratie und neuer konstitutioneller Repräsentativdemokratie (Müller 2016a: 14). Populisten sind, wenn ich Müller richtig lese, zunächst und zuerst Feinde der liberalen Demokratie, Feinde der Verschmelzung demokratischer Praxen mit liberalen, konstitutionellen Fesseln als Methode, in die ‚gefährlichen‘ Entscheidungen des Demos etwas Vernunft zu träufeln. Müller fängt diese Differenz in den anderen Charakterisierungen der Populisten als Anti-Liberale und Anti-Pluralisten wieder ein. Aber das lesen und hören scheinbar nicht immer alle. Die präzisere, jedoch auch umständlichere Formulierung könnte daher lauten, dass der Populismus ein anti-konstitutionelles Projekt ist und sich gerade gegen die moderierende Funktion liberaler Elemente in einer ansonsten schönen, reinen und unmittelbaren Demokratie richtet.

Literatur

- Applebaum, Anne, 2016: Is this the end of the West as we know it? In: Washington Post Online vom 04.03.2016. https://www.washingtonpost.com/opinions/donald-trump-and-the-end-of-nato/2016/03/04/e8c4b9ca-e146-11e5-8d98-4b3d9215ade1_story.html, 26.06.2016.
- Bahners, Patrick, 2016: Die Abdankung der politischen Klugheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.06.2016, 11.
- Bude, Heinz, 2016: Die neue soziale Spaltung. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10.04.2016, 28.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar 2006 (Hg.): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Fischer, Karsten, 2016: Vom Nutzen und Nachteil der Angst in der Politik. In: Huffington Post vom 01.04.2016. http://www.huffingtonpost.de/karsten-fischer-de/nutzen-nachteil-angst-politik_b_9583236.html, 26.06.2016.

- Gebhardt, Richard, 2016: „...but I know it when I see it!“ Ein Kommentar zu Jan-Werner Müllers „Was ist Populismus?“ In: Theorieblog vom 02.06.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/mueller-buchforum-2-but-i-know-it-when-i-see-it>, 26.06.2016.
- Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz, 2015: PEGIDA. Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Haupt, Friederike, 2016: „Fremd im eigenen Land“. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 05.06.2016, 3.
- Herzinger, Richard, 2016: Die Wiedergänger des Nationalen ruinieren den Westen. In: Welt Online vom 08.05.2016. <http://www.welt.de/155160597>, 26.06.2016.
- Jacob, Daniel, 2016: Wie populistische Opposition den demokratischen Pluralismus gefährdet. In: Theorieblog vom 31.05.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/05/buchforum-jan-werner-mueller-wie-populistische-opposition-den-demokratischen-pluralismus-gefahrdet>, 26.06.2016.
- Jörke, Dirk, 2016: Moralismus ist zu wenig. Eine Entgegnung auf „Was ist Populismus?“ von Jan-Werner Müller. In: Theorieblog vom 07.06.2016. <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/moralismus-ist-zu-wenig-eine-entgegnung-auf-was-ist-populismus-von-jan-werner-mueller>, 26.06.2016.
- Köppel, Roger, 2016: Warum wir den angeblichen Populisten dankbar sein sollten. In: Weltwoche vom 09.06.2016, 5.
- Küpper, Beate / Zick, Andreas / Krause, Daniela, 2015: Pegida in den Köpfen. Wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Andreas Zick / Beate Küpper (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 21–43.
- Mouffe, Chantal, 2016: In defence of left-wing populism. In: The Conversation vom 29.04.2016. <http://theconversation.com/in-defence-of-left-wing-populism-55869>, 26.06.2016.
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39, 4, 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Müller, Jan-Werner, 2014: „The People Must Be Extracted from Within the People“: Reflections on Populism. In: Constellations 21, 4, 483–493.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt (Main).
- Müller, Jan-Werner, 2016b: Was ist Populismus?. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 187–201.
- Nassehi, Armin, 2014: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, München.
- Niewendick, Martin, 2015: Pegida hat in Köln mitgestochen. In: Tagesspiegel Online vom 17.10.2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/messerangriff-auf-henriette-reker-pegida-hat-in-koeln-mitgestochen/12463410.html>, 26.06.2016.
- Patzelt, Werner, 2016: So haben wir uns die Willkommenskultur nicht vorgestellt! In: The European vom 10.05.2016. <http://www.theeuropean.de/werner-patzelt/10943-die-afd-gleicht-einer-magmaschicht>, 26.06.2016.
- Schäller, Steven, 2016: PEGIDA und der fremde Westen. In: Sächsische Zeitung vom 08.08.2016, 20.
- Tretbar, Christian, 2015: Justizminister Maas: „Pegida senkt die Hemmschwellen“. In: Tagesspiegel Online vom 18.10.2015. <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-attentat-auf-ob-kandidatin-henriette-reker-justizminister-maas-pegida-senkt-die-hemmschwellen/12464178.html>, 26.06.2016.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven, 2016: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden.
- Vorländer, Hans, 2016: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfalt in Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?, Gütersloh, 61–76.
- Vorländer, Hans, 2011: Spiel ohne Bürger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.07.2011, 8.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate, 2015 (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn.